

## Stopp dem Lohndumping durch Leiharbeit

Merkel jubelt über das Beschäftigungswunder. 40,8 Millionen Erwerbstätige im Dezember; so viel wie noch nie. Schaut man hinter die Fassade, dann sieht man fast nur noch Leiharbeit.

83 Prozent der neuen Arbeitsplätze in Baden-Württemberg sind Leihjobs. Das hat das Statistische Landesamt für den Zeitraum Sommer 2009 bis Sommer 2010 vorgerechnet. Insbesondere in der High-Tech-Region Stuttgart ist die Bilanz dramatisch. Im Aufschwung bis Sommer 2010 sind 360 Arbeitsplätze abgebaut worden, jedoch ist ein Anstieg von 5600 Leihjobs zu verzeichnen. Mitten in der Aufschwungphase sind damit feste Arbeitsplätze gegen Leiharbeitsjobs ausgetauscht worden.

Eine Befragung von Betriebsräten ergab, dass im Jahr 2010 bundesweit 43 Prozent aller neuen Arbeitsplätze mit Leihbeschäftigung besetzt wurden. Und 42 Prozent waren nur befristet. Gerade einmal 15 Prozent der Arbeitsplätze ha-

ben die Unternehmer unbefristet fest vergeben.

Leiharbeit nimmt überall zu. Bundesweit dürfte die Millionenmarke bereits überschritten sein. Das ist deutlich höher als vor der Krise. In Baden-Württemberg sind es mehr als 100.000, in Bayern waren es im Oktober 2010 bereits 115.000. Auch in den Vorzeigebetrieben des deutschen Industriekapitals wird vermehrt auf Leihjobs gesetzt. Beim Daimler in Stuttgart-Untertürkheim haben vor der Krise rund 10.000 fest Beschäftigte gearbeitet, heute sind es nur noch 9.000. Aber dafür gibt es jetzt nahezu 700 Leiharbeiter mehr.

Beim Weltmarktführer für Landmaschinen – John Deere – sind im Mannheimer Werk Lackierarbeiten ausgelagert worden. In einen neuen Betrieb, der keine Tarifverträge kennt, sondern nur Leiharbeit und Befristungen. Mit abenteuerlichen Arbeitsbedingungen und Stundenlöhnen von 7,60 Euro. Und das ist genau



das, worum es geht. Lohndumping! So auch in der Tiefdruckerei von Springer/Bertelsmann in Ahrensburg. Knapp 20 Prozent der Drucker bekommen als Leiharbeiter weniger als 12 Euro die Stunde; der Tarif liegt je nach Eingruppierung bei mindestens 17 Euro.

Wer in einem Leihjob arbeitet, bekommt deutlich weniger. Im Schnitt verdienen Leiharbeitskräfte nur die Hälfte: rund 1400 Euro Brutto bei einem Vollzeitjob. Ein Drittel der Leihjobber bekommt weniger als 1200 Euro.

„Trotz wirtschaftlicher Erholung steigt das ohnehin sehr hohe Verarmungsrisiko die Leiharbeitskräfte weiter an,“ so der DGB. Mehr als jeder achte in einem Leihjob verdient so wenig, dass es weniger als das Existenzminimum ist.

Diese Lohndrückerei der Unternehmer kostet den Sozialstaat richtig Geld. Denn viele haben so wenig, dass sie Anspruch auf Arbeitslosengeld II haben. Allein im Juni letzten Jahres hat das 40 Millionen Euro gekostet. Für das ganze Jahr 2011 drohen die Kosten zu explodieren. Die wahren Sozialschmarotzer sind die Un-

ternehmer, die ihren Beschäftigten so wenig zahlen, dass sie mittels des Arbeitslosengeld II faktisch subventioniert werden.

Die Leiharbeit muss gestoppt werden. Politisch, durch Gesetz. DIE LINKE will nicht nur equal pay, also die gleiche Bezahlung wie die Stammebelegschaft, sondern zusätzlich eine zehnprozentige Prämie. Wie in Frankreich. Die Verleihdauer darf nur höchstens drei Monate betragen und der Betriebsrat soll ein Vetorecht haben. Und als Streikbrecher darf niemand missbraucht werden. Das Ziel: Leiharbeit zurückdrängen, sodass weniger als 100.000 Menschen so arbeiten. SPD und Grüne haben im Rahmen der Agenda 2010 die Menschen der Despotie der Leiharbeit ausgesetzt. Jetzt geht es um den Kampf, neue Schutzrechte einzuführen. Im Parlament bringt DIE LINKE deshalb einen Gesetzentwurf ein. Es geht um die Auseinandersetzung im Parlament und auf der Straße. Deshalb sind Aktionstage wie der 24. Februar, zu dem die Gewerkschaften aufrufen, so wichtig.

